Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Abt. Wirtschaft und Immobilien
OE Wirtschaft 2
Domplatz 12
39104 Magdeburg

INVESTITIONSBANK SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

gemäß der Richtlinien über Förderung von Zuwendungen zur Förderung von FuE-Projekten (Einzel, Gemeinschafts- und Verbundvorhaben), von Prozess- und Organisationsinnovationen sowie Maßnahmen des Wissens- und Technologietransfer (FuE Richtlinien)

Finanzplanebene 11.03.0. - Förderung von FuE-Projekten (Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundvorhaben), von Prozess- und Organisationsinnovationen sowie Maßnahmen des WTT

Gegenstand der Förderung sind die

☐ Maßnahmen des Wissens- und Technologietransfers

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister	Gründungsdatum

Bitte tragen Sie den Namen vollständig entsprechend der Eintragung im Handels-/ Vereinsregister oder anderen zugrundeliegenden Dokumenten (z.B. Gesellschaftsvertrag) ein.

Straße, Hausnummer	Vorwahl/Rufnummer
PLZ / Ort	ggf. Ortsteil
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)	Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail	ggf. Steuer-ID (falls vorhanden)
Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)	Registergericht (falls vorhanden)
Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)	Umsatzsteuer-ID

Hinweis: Falls keine Wirtschafts-Identifikationsnummer vorliegt, geben Sie bitte die Umsatzsteuer-ID an.

Branche/Tätigkeitsbereich

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ☐ %

Rechtsform

☐ OHG ☐ GbR ☐ KG ☐ GmbH ☐ AG ☐ Körperschaft ö. R.

☐ Verein (e.V.) ☐ Sonstige

SACHSEN-ANHALT

Kofinanziert von der Europäischen Union

KMU gemäß Formblatt KMU-Erklärung? ☐ Ja ☐ Nein

Anzahl Beschäftigte im Unternehmen (in Vollzeitäquivalenten)

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Vorhabenausführende Stelle

Ausführende Stelle (falls abweichend von 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort | ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabenbezeichnung

Thema des Vorhabens

Kurzbezeichnung des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens Tag/Monat/Jahr geplantes Ende des Vorhabens Tag/Monat/Jahr

2.4 Kompatibilität des Vorhabens zur Regionalen Innovationsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (RIS)

(Hinweis: Es kann nur ein Leitmarkt oder ein Querschnittsbereich ausgewählt werden.)

Welchem der folgenden **Leitmärkte** ist das geplante Vorhaben zuzuordnen? Die Zuordnung muss sich aus der Vorhabenbeschreibung ergeben.

- ☐ Energie, Maschinen- und Anlagenbau, Ressourceneffizienz
- ☐ Chemie und Bioökonomie
- ☐ Gesundheit und Medizin
- ☐ Ernährung und Landwirtschaft
- ☐ Mobilität und Logistik

Welchem der folgenden **Querschnittsbereiche** ist das geplante Vorhaben zuzuordnen? Die Zuordnung muss sich aus der Vorhabenbeschreibung ergeben.

- ☐ Informations- und Kommunikationstechnologien
- ☐ Grüner Wasserstoff
- ☐ Schlüsseltechnologien
- ☐ Leichtbau
- ☐ Kreativ- und Marktwirtschaft
- ☐ Algenbiotechnologie

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Innovationsberatungsdienste und/oder innovationsunterstützende Dienstleistungen	
Summe	0,00

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	
Beantragte Zuwendung	
Sonstige Fremdmittel	
Summe der Finanzierungsmittel	0,00

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte den zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagenchecklisten für Unternehmen bzw. Forschungseinrichtungen.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen *zur Förderung von FuE-Projekten (Einzel, Gemeinschafts- und Verbundvorhaben), von Prozess- und Organisationsinnovationen sowie Maßnahmen des Wissens- und Technologietransfer (FuE Richtlinien* Erl. des MWL vom 22. August 2023 – 22-46812-2, MBI. LSA Nr. 43/2023 vom 04.12.2023 S. in der jeweils gültigen Fassung) in der jeweils gültigen Fassung*)* und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung

- die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P werden anerkannt.

b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs bei der IB. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko.
Mir/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

Ich/Wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das

Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder

a) der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
b) der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
c) die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
d) eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.

Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben.
Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

c) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

d) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

e) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

f) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

g) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

h) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.

i) Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit

oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebs-stätte , in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage o-der dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.

j) Ich erkläre/wir erklären auch, dass gemäß Artikel 66 Absatz 2 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz16 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung hin zu der Betriebsstätte vorgenommen wurde, in der die Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, getätigt werden soll. Ich verpflichte mich/ Wir verpflichten uns, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, nicht zu tun.

k) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB). zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.

l) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

m) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

n) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

o) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

p) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs**: Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4,3.1, 3.2,4. und 5. a), 5. b), 5. c), 5. d), 5. e), 5. f), 5. g), 5. h), 5 i), 5. j), 5. k) und 5. l) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., und 20. beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Tag/Monat/Jahr	abgegeben für eine Förderung aus dem Programm

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das Kundenportal der IB. Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des Kundenportals der IB ist eine Registrierung erforderlich.

Nähere Informationen zum Kundenportal der IB finden Sie unter https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 100.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.
Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person
Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:
1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB
Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	